

Niederschrift
zur Sitzung des Amtsausschusses des Amtes Moorrege (öffentlich)

Sitzungstermin: Mittwoch, den 27.11.2013
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 18:10 Uhr
Ort, Raum: Feuerwache Heist, Schulstraße 3, 25492 Heist

Anwesend sind:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Bürgermeister Hans-Joachim Banaschak	CDU	
Herr Jörg Behrmann	CDU	
Herr Frank Büchner	SPD	
Frau Bürgermeisterin Ute Ehmke	GuB	
Herr Werner Fitzner	FDP	
Herr Herwigh Heppner	FWH	Vertretung für Frau Ute Schleiden
Frau Bettina Homeyer	CDU	
Herr Uwe Hüttner	CDU	
Herr Helmuth Kruse	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Hans-Peter Lütje	CDU	1. stv. Amtsvorsteher
Herr Uwe Mahnke	SPD	
Herr Hans Martens	SPD	
Herr Nils Meins	SPD	Vertretung für Herrn Walter Lorenzen
Herr Jürgen Neumann	CDU	
Herr Georg Plettenberg	CDU	2. stv. Amtsvorsteher
Herr Bürgermeister Reinhard Pliquet	SPD	ab 17.10 Uhr
Herr Bürgermeister Walter Reißler	CDU	Amtsvorsteher
Herr Horst Schaper	CDU	
Herr Dietmar Voswinkel	SPD	
Herr Karl-Heinz Weinberg	CDU	
Herr Sören Weinberg	CDU	Vertretung für Herrn Jan Schmidt

Außerdem anwesend

1 Bürger

Protokollführer/-in

Herr Jens Neumann

Verwaltung

Herr René Goetze	Personalrat
Herr Rainer Jürgensen	LVB
Herr Kevin Krüger	
Frau Christine Neermann	Gleichstellungsbeauftragte

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Jutta Kaufmann	FDP
Herr Walter Lorenzen	SPD
Frau Ute Schleiden	FWH
Herr Jan Schmidt	CDU
Herr Bürgermeister Udo Tesch	SPD

Die heutige Sitzung wurde durch schriftliche Ladung vom 14.11.2013 einberufen. Der Vorsitzende stellt fest, dass gegen die ordnungsgemäße Einberufung keine Einwendungen erhoben werden.

Der Amtsausschuss ist beschlussfähig.

Die Sitzung ist öffentlich. Der TOP 9 „Personalangelegenheiten“ wird abgesetzt, da keine Beratungsgegenstände vorliegen.

Frau Ehmke beantragt, die Tagesordnung um den Punkt „Reform des Finanzausgleichs“ zu erweitern. Aufgrund der geplanten Änderungen zum kommunalen Finanzausgleich sowie den aktuellen Entwicklungen wird eine Information und Beratung hierzu für sinnvoll erachtet.

Als neuer Tagesordnungspunkt 7 wird „*Reform des Finanzausgleichs*“ eingefügt.

Die Tagesordnung wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

20 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Der Amtsvorsteher, Herr Rißler, begrüßt alle Anwesenden.

Vor dem Einstieg in die Tagesordnung wird das Wort Herrn Bürgermeister Neumann übergeben. Herr Neumann geht kurz auf aktuelle Themen der Gemeinde Heist ein. Anschließend wird ein kleiner Imbiss gereicht.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Bericht des Amtsvorstehers
2. Einwohnerfragestunde
3. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der letzten Sitzung
4. öffentlich-rechtlicher Vertrag zur Sozialstaffelberechnung
Vorlage: 157/2013/AMT/BV
5. Haushaltssatzung mit Haushalts- und Stellenplan für das Jahr 2014
6. Investitionsprogramm 2013- 2017
7. Reform des Finanzausgleichs
8. Verschiedenes

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Bericht des Amtsvorstehers

Herr Reißler verliest den Bericht des Amtsvorstehers lt. **Protokollanlage 1.**

Ab 17.10 Uhr nimmt Bgm. Pliquet an der Sitzung teil.

zur Kenntnis genommen

zu 2 Einwohnerfragestunde

Einwohnerfragen liegen nicht vor.

zu 3 Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der letzten Sitzung

Einwendungen gegen die Niederschrift der letzten Sitzung des Amtsausschusses liegen nicht vor, so dass ein Beratung und Beschlussfassung hierzu entfällt.

**zu 4 öffentlich-rechtlicher Vertrag zur Sozialstaffelberechnung
Vorlage: 157/2013/AMT/BV**

LVB Jürgensen erläutert den Sachverhalt zur Übertragung der Sozialstaffelberechnungen vom Kreis auf die Kommunen.

Der Kreis ist als Träger der Jugendhilfe für die Berechnung der Beiträge für die Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen und die Übernahme der sich daraus ggf. ergebenden Ermäßigungen zuständig. Die Berechnung wurde in den meisten Fällen bereits jetzt von der Amtsverwaltung vorgenommen. Im Rahmen des öffentlich-rechtlichen Vertrages soll die Entgegennahme, Bearbeitung und Bescheidung der Sozialstaffelanträge von den Kommunen nun gegen Kostenerstattung erfolgen. Für die Wahrnehmung der Aufgaben wird vom Kreis pro beschiedener Berechnung eine Pauschale von 40 € gewährt. Für das Kindergartenjahr 2013/2014 erhält das Amt Moorrege eine einmalige Ausgleichszahlung in Höhe von 5.320 €. Der Vertrag tritt rückwirkend zum 01.08.2013 in Kraft und wird unbefristet geschlossen.

Herr Mahnke erkundigt sich über die Ausführungen zu § 3 Ziffer 3 des Vertrages, wonach der Kreis berechtigt ist, die Anlagen einseitig zu verändern. Laut Herrn Jürgensen beziehen sich die Änderungsmöglichkeiten auf die einheitlichen Berechnungsgrundlagen und Richtlinien zur Berechnung der Sozialstaffelleistungen. Die übrigen Vertragsregelungen und die Erstattungspauschalen für das Amt sind davon nicht betroffen.

Beschluss:

Der Amtsausschuss stimmt dem Abschluss des öffentlich-rechtlichen Vertrages zur Übertragung der Berechnung von Anträgen auf Ermäßigung für den Besuch von Kindertageseinrichtungen (**Protokollanlage 2**) zu.

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis: Ja: 21 Nein: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 0

zu 5 Haushaltssatzung mit Haushalts- und Stellenplan für das Jahr 2014

Der Kämmerer Jens Neumann erläutert die wesentlichen Eckwerte des Haushalts für das Jahr 2014.

Der Amtsumlagesatz für 2014 beläuft sich auf 13,7 %. Die Senkung des Umlagesatzes ist möglich, da die Finanzkraftzahlen und Umlagegrundlagen der Gemeinden in dem betreffenden Berechnungszeitraum gestiegen sind.

Für 2014 ergibt sich ein Amtsumlagebedarf in Höhe von insgesamt 2.321.400 €. Gegenüber dem Vorjahr steigt die Summe der Amtsumlage um rd. 84.300 €. Je nach Finanzkraft ergeben sich entsprechende Mehr- oder Minderkosten für die amtsangehörigen Gemeinden.

Die Anpassung der Amtsumlage berücksichtigt insbesondere tarifliche Personalkostensteigerungen, Mehrkosten für die Unterbringung von Asylbewerbern sowie Kosten für die Erneuerung der E-Anlage im Altbau trakt des Amtshaus.

Im Vermögenshaushalt sind insbesondere die Kosten für die Ersatzbeschaffung EDV (42.000 €) sowie Inventar für das Amtshaus (10.500 €) dargestellt.

Eine Entnahme aus der allgemeinen Rücklage ist entbehrlich, so dass ein Rücklagenbestand von 47.192 € verbleibt.

Herr Mahnke bittet um Auskunft, weshalb in jedem Jahr für das Trauzimmer ein Betrag für Erwerb von beweglichem Vermögen vorgesehen ist. Herr Jürgensen erklärt, dass in der Vergangenheit beispielsweise ein Klimagerät erworben und eine Beschattung eingerichtet wurde, um während den Trauungen eine angenehme Atmosphäre zu ermöglichen. Zudem wird der Ansatz nicht ausgeschöpft, wenn kein konkreter Bedarf besteht.

Auf Nachfrage von Herrn Schaper erläutert Herr Jürgensen die Entwicklung der Kosten für Dienstfahrzeuge, Reisekosten und Fahrtkostenerstattungen der letzten Jahre. Hinsichtlich der Notwendigkeit der Dienstfahrzeuge sowie den gestiegenen Kosten hat Herr Schaper eine unterschiedliche Auffassung. Die Thematik wurde auch im Finanz- und Personalausschuss ausgiebig erörtert.

Herr Schaper merkt an, dass die Fahrtkosten seit der Vorhaltung der Dienstfahrzeuge gestiegen sind. Herr Jürgensen erklärt, dass die Bereitstellung der Dienstfahrzeuge sinnvoll ist, um eine dienstliche Mobilität zu gewährleisten. Die Mitarbeiter können nicht verpflichtet werden, ihre privaten Fahrzeuge für dienstlich begründete Fahrten zu verwenden. In diesem Zusammenhang wird auch auf die gestiegenen Kraftstoffpreise hingewiesen.

Herr Schaper äußert seine Bedenken hinsichtlich der Bereitstellung eines Dienstfahrzeugs für die ausschließliche Nutzung durch den LVB. Herr Jürgensen erklärt, dass insbesondere durch die Mitarbeit im Landesvorstand des SHGT ein erhöhter Fahrtaufwand besteht. Die Leasingraten des Fahrzeugs werden erstattet, so dass auch eine private Mitnutzung des Fahrzeugs in einem angemessenen Rahmen möglich ist. Die Regelung wurde auch mit dem Gemeindeprüfungsamt abgestimmt.

Herr Jürgensen stellt dar, dass für 2014 mit einem geringeren Gesamtaufwand von rd. 13.500 € gerechnet wird, da insbesondere die Erstattungen (Fahrtkosten für Mitarbeit beim SHGT u.ä.) steigen. Damit wurde durch die Vorhaltung der Dienstwagen und den jetzigen Erstattungsregelungen im Saldo wieder der Stand vor der Einstellung des zweiten Technikers erreicht.

Herr Voswinkel erkundigt sich hinsichtlich der gesunkenen Einwohnerzahl der Gemeinde Moorrege. Auch Herr Weinberg hält die Fortschreibung der Einwohnerzahlen für fragwürdig. Herr Jürgensen stellt dar, dass der Rückgang der Einwohnerzahl um 81 Einwohner innerhalb eines Zeitraumes von 2 Jahren insbesondere durch entsprechende Wegzüge und geringere Zuzüge zustande gekommen ist. Derzeit ist wieder ein Anstieg der Einwohnerzahl zu verzeichnen.

Herr Mahnke weist darauf hin, dass auf der Seite 1V in der Spalte 9 bei der Veränderung der Einwohnerzahl für Heidgraben „+19“ statt „-19“ stehen müsste. *Anmerkung der Verwaltung: Der Hinweis ist korrekt. Irrtümlich wurde ein falsches Vorzeichen gesetzt. Die übrigen Zahlen sind korrekt und verändern sich nicht. Lediglich das Vorzeichen ist auf „+19“ zu berichtigen.*

Beschluss:

Der Amtsausschuss beschließt die vorliegende Haushaltssatzung für das Jahr 2014 (**Protokollanlage Nr. 2**), mit Einnahmen und Ausgaben im Verwaltungshaushalt in Höhe von insgesamt 3.216.300 € sowie Einnahmen und Ausgaben im Vermögenshaushalt in Höhe von 52.600 €. Die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen beläuft sich auf 35,52 Stellen. Der Amtsumlagesatz beträgt 13,7 %.

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis: Ja: 21 Nein: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 0

zu 6 Investitionsprogramm 2013- 2017

Herr Reißler verweist auf das Investitionsprogramm für die Jahre 2013 - 2017, das Bestandteil des vorliegenden Haushaltsplanes ist.

Beschluss:

Der Amtsausschuss beschließt das Investitionsprogramm für die Jahre 2013 bis 2017 in Höhe von 281.500 € (**Protokollanlage 3**).

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis: Ja: 21 Nein: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 0

zu 7 **Reform des Finanzausgleichs**

Frau Ehmke berichtet von der Delegiertenversammlung des Schleswig-Holsteinischen Gemeindetages, in der über die beabsichtigte Änderung des kommunalen Finanzausgleichs informiert wurde. Aufgrund der vorliegenden Entwürfe zeichnet sich eine Verlagerung der Finanzausgleichsmittel zu Gunsten der kreisfreien Städte ab. Insbesondere die Kreise haben deutliche Mindereinnahmen aus dem Finanzausgleich zu erwarten.

Herr Plettenberg weist darauf hin, dass der Innenminister deutlich gemacht hat, dass keine Gebietsreform zu erwarten ist. Dennoch wird befürchtet, dass mit der Änderung des Finanzausgleichs neben den Kreisen auch die ländlichen Gemeinden erhebliche Einschränkungen in ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit zu erwarten haben. Da sich die Kreise insbesondere durch die Kreisumlage finanzieren, werden letztendlich die Gemeinden stärker zur Kasse gebeten. Seitens des SHGT ist immer wieder zum Ausdruck zu bringen, dass insbesondere die Amtsverwaltungen besonders kostengünstig sind.

Laut Herr Jürgensen hat das vom Innenministerium in Auftrag gegebene Gutachten deutlich gemacht, dass der gemeindliche Bereich im Finanzausgleich unterfinanziert ist und gestärkt werden müsste. Im kommunalen Finanzausgleich fehlen insgesamt rd. 200 Mio. €. Statt die Mittel anders zu verteilen, sollte vorrangig die Finanzausgleichsmasse vernünftig aufgestockt werden, so dass am Ende auch mehr bei der kommunalen Familie ankommt.

Seitens der Amtsausschussmitglieder besteht Einigkeit, dass im Rahmen einer gemeinsamen Resolution durch die Bürgermeister die Bedenken zur Reform des kommunalen Finanzausgleichs deutlich gemacht werden.

Beschluss:

Der Amtsausschuss beschließt eine gemeinsame Resolution der Bürgermeister zu verfassen, in dem die Bedenken der Gemeinden zur Reform des kommunalen Finanzausgleichs deutlich gemacht werden.

mehrheitlich beschlossen

Abstimmungsergebnis: Ja: 20 Nein: 0 Enthaltung: 1 Befangen: 0

zu 8 **Verschiedenes**

Herr Schaper regt an, dass die Amtsausschussmitglieder künftig die Protokolle der Sitzungen von der Arbeitsgruppe „Zukunftssicherung des Amtes“ erhalten. Bgm. Neumann teilt mit, dass sich die Arbeitsgruppe bislang einmal getroffen hat und gegen die Versendung der Niederschrift an die Mitglieder des Amtsausschusses keinerlei Bedenken bestehen.

Diesbezüglich merkt Herr Reißler an, dass er bei der Gründung der Arbeitsgruppe davon ausgegangen ist, dass er in der Funktion des Amtsvorsteher ebenfalls an den Sitzungen teilnehme. Eine Einladung ist bisher aber unterblieben. Herr Reißler möchte in Zukunft zu den Sitzungen der Arbeitsgruppe eingeladen werden.

Für die Richtigkeit:

Datum: 21.01.2014

(Walter Reißler)

(Jens Neumann)
Protokollführer